

# Satzung der Partei der Humanisten Sachsen

Beschlossen am 7. Januar 2018 in Leipzig. Geändert am 23. Juni 2018 in Leipzig.

In diesem Dokument sind alle Personen- und Amtsbezeichnungen generisch gemeint. Zur Bezeichnung von Personen und Ämtern werden sowohl feminine als auch maskuline grammatikalische Formen verwendet, mit denen alle Menschen gleichermaßen angesprochen werden.

## Abschnitt A: Allgemeines

### § 1 Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- (1) Der Landesverband führt den Namen *Partei der Humanisten Sachsen*. Die Kurzbezeichnung lautet *Die Humanisten Sachsen*. Die untergeordneten Gebietsverbände (siehe § 8) führen den Namen *Partei der Humanisten* mit dem nachfolgenden Zusatz des jeweiligen Gebietsnamens.
- (2) Der Sitz des Landesverbandes ist Leipzig.
- (3) Das Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes ist das Bundesland Sachsen.

### § 2 Aufgaben und Grundsätze

- (1) Es gilt § 2 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## Abschnitt B: Mitgliedschaft

### § 3 Voraussetzungen der Mitgliedschaft

- (1) Es gilt § 3 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

### § 4 Beginn der Mitgliedschaft

- (1) Es gilt § 4 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Es gilt § 5 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 6 Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder

- (1) Es gilt § 6 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 7 Ende der Mitgliedschaft

- (1) Es gilt § 7 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## Abschnitt C: Gliederung

## § 8 Gebietsverbände

- (1) Eine weitere Untergliederung des Landesverbandes ist möglich in Bezirks-, Kreis- und Ortsverbände, die deckungsgleich mit den politischen Grenzen der Regierungsbezirke, Kreise, kreisfreien Städte und Gemeinden in Sachsen sind. Ebenso können zwei oder mehr benachbarte Untergliederungen der gleichen Ebene zu einem Untergliederungsverband zusammengeschlossen werden, wenn keine politischen Grenzen der gegründeten, übergeordneten Gliederungen verletzt werden. Die Bildung neuer Gebietsverbände bedarf der Zustimmung des jeweils nächsthöheren Gebietsverbandes und des Landesverbandes.
- (2) Es gelten die Absätze 2 bis 4 des § 8 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 9 — entfällt —

## § 10 Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände

- (1) Es gilt § 10 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## Abschnitt D: Organe

### § 11 Aufbau

- (1) Organe im Sinne des Parteiengesetzes sind der Landesparteitag, der Landesvorstand und das Landesschiedsgericht.

### § 12 Der Landesparteitag

- (1) Der Landesparteitag ist das oberste Organ des Landesverbandes.
- (2) Der Landesparteitag erfüllt regelmäßig folgende Aufgaben:
  - a. Entgegennahme der Tätigkeitsberichte und Rechenschaftsberichte
  - b. Entlastung des Landesvorstands
  - c. Neuwahl oder Nachwahl des Landesvorstands
  - d. Neuwahl oder Nachwahl des Landesschiedsgerichts
  - e. Neuwahl oder Nachwahl der Kassenprüfer
  - f. Beschluss der Landessatzung und dazugehöriger Ordnungen
  - g. Beschluss von Programmen
  - h. Behandlung von Parteiordnungsverfahren

Er entscheidet zudem über die Verschmelzungen mit anderen Landesverbänden oder die Auflösung des Landesverbandes.

- (3) Der Landesparteitag wird vom Landesvorstand einberufen, der über Ort und Termin entscheidet. Alle Mitglieder werden per E-Mail und in Ausnahmefällen per Brief eingeladen. Die Einladung enthält die vorläufige Tagesordnung, den Tagungs-ort, den Tagungsbeginn und das voraussichtliche Tagungsende an. Zudem informiert die Einladung darüber, wie und wo aktuelle Anträge eingereicht und eingesehen werden können. Spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag sind die Tagesordnung in aktueller Fassung, die genaue Adresse des Veranstaltungsortes und alle bis dahin beim Landesvorstand eingereichten Anträge in Textform zu veröffentlichen und den Mitgliedern zu senden.
- (4) — entfällt —
- (5) Fundamentalanträge dienen dazu, eine Satzung, eine Ordnung oder ein Programm neu einzubringen oder zu ersetzen. Sie müssen spätestens vier Wochen vor dem Landesparteitag eingereicht werden. Änderungsanträge dienen dazu, bereits beschlossene oder mit einem Antrag neu eingereichte Satzungen, Ordnungen oder

Programme zu ändern. Diese müssen spätestens zwei Wochen vor dem Landesparteitag eingereicht werden. Anträge müssen in digitaler Form an der vom Landesvorstand festgelegten Stelle eingereicht oder veröffentlicht werden. Sie müssen folgende Informationen enthalten:

- a. Antragstellerin (Person, Organ, Arbeits- oder Projektgruppe)
- b. Präsentierende Person(en), ggf. deren Vertreter
- c. Art des Fundamentalantrags (Satzung, Ordnung oder Programm) oder Stelle, auf die sich der Änderungsantrag auswirkt
- c. Titel und Text
- d. Begründung mit angestrebtem Ziel und Argumenten für den Antrag

Nicht fristgerecht eingereichte Anträge müssen überdies eine Kurzfassung des Antrags beinhalten. Sie können auf Empfehlung der Antragskommission durch Beschluss des Landesparteitags in die Tagesordnung aufgenommen werden. Die Anträge im Rahmen eines Tagesordnungspunktes werden nach folgender Priorität behandelt:

- a. Anträge des Landesvorstands
- b. Anträge des Bundesvorstands
- c. Anträge der anerkannten Arbeits- und Projektgruppen
- d. Anträge der Parteimitglieder

Die weitere Priorisierung erfolgt durch die Antragskommission, wobei die Antragstellerinnen für die eigenen Anträge eine Reihenfolge vorgeben können. Jeder Antrag kann von der präsentierenden Person persönlich vorgestellt werden. Geschieht keine solche Vorstellung, verliert die Versammlungsleiterin den Antrags-text. Die Antragstellerinnen können ihre Anträge jederzeit zurückziehen. Arbeitsgruppen können nur Anträge mit Bezug zu ihrem Zweck einreichen.

- (6) Der Landesparteitag tagt öffentlich. Jedes Parteimitglied des Landesverbandes kann daran teilnehmen, wenn es sich als Mitglied ausweist. Jedes Parteimitglied des Landesverbandes hat Rederecht, sofern der Landesparteitag nichts anders beschließt. Gäste können nach Zustimmung des Landesvorstands von Parteimitgliedern eingeladen werden und haben auf Beschluss des Landesparteitags Rederecht. Der Beschluss erfolgt einmalig für den gesamten Landesparteitag und kann auf Beschluss des Landesparteitags widerrufen werden.
- (7) Der Landesparteitag wird von der Landesvorsitzenden oder ihrem Stellvertreter eröffnet. Der Landesparteitag gibt zu Beginn eine Tagesordnung, eine Geschäftsordnung und vor Wahlen eine Wahlordnung. Er kann die Geschäftsordnung und Wahlordnung des letzten Landes- oder Bundesparteitags annehmen und beschließen. Änderungsanträge können vom Landesparteitag zugelassen werden. Der Landesparteitag wählt zu Beginn eine Versammlungsleitung und bei Wahlen eine unabhängige Wahlleitung sowie die entsprechenden Protokollantinnen.

- (8) Der Landesparteitag wählt den Landesvorstand und das Landesschiedsgericht in gleicher, geheimer und direkter Wahl. Wo nicht anders geregelt, werden alle Entscheidungen des Landesparteitags mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Stimmenthaltungen werden als ungültige Stimmen gewertet. Das Stimmrecht kann von Mitgliedern nur persönlich wahrgenommen werden. Der Landesparteitag ist unabhängig von der Zahl der tatsächlich erschienenen Mitglieder beschlussfähig.
- (9) Über den Landesparteitag und die Beschlüsse wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt, das von der jeweiligen Protokollführung und der jeweiligen Versammlungsleitung unterschrieben wird. Das Wahlprotokoll ist zusätzlich von der jeweiligen Wahlleitung und der entsprechenden Protokollführung zu unterschreiben.
- (10) Die Antragskommission wird vom Landesvorstand mit mindestens drei Parteimitgliedern besetzt. Sie unterstützt den Landesvorstand und die Versammlungsleitung bei der Prüfung von Anträgen auf formale Korrektheit und legt die Reihenfolge aller Anträge in Übereinstimmung mit § 12 Abs. 5 fest. Die Mitglieder der Antragskommission müssen spätestens bei der Einladung zum Parteitag bekannt gegeben werden. Sollte der Landesvorstand keine Antragskommission bekannt gegeben haben, so erfüllt der Landesvorstand die Aufgaben der Antragskommission.

## § 13 Ordentlicher und außerordentlicher Landesparteitag

- (1) Der Landesparteitag kann als ordentlicher oder als außerordentlicher Landesparteitag stattfinden.
- (2) Der ordentliche Landesparteitag findet als Mitgliederversammlung statt. Alle Mitglieder haben Stimm- und Rederecht.
- (3) Der außerordentliche Landesparteitag findet als Mitgliederversammlung oder als Vertreterversammlung statt. Er kann nur als Vertreterversammlung stattfinden, wenn alle Landkreise im Geltungsbereich von Kreisverbänden liegen und der Landesverband mindestens 500 stimmberechtigte Mitglieder hat. Über die Art der Versammlung entscheidet der Landesvorstand. Bei einer Vertreterversammlung haben nur Delegierte ein Stimmrecht. Alle weiteren teilnehmenden Parteimitglieder haben Rederecht.
- (4) Der ordentliche Landesparteitag findet höchstens einmal je Kalenderjahr, jedoch spätestens 16 Monate nach dem letzten ordentlichen Landesparteitag oder der Gründung des Landesverbandes statt. Seine Einberufung und die Einladung aller Mitglieder erfolgt spätestens zwei Monate vor dem Termin.
- (5) Der außerordentliche Landesparteitag findet bis zu viermal je Kalenderjahr statt. Er wird einberufen, wenn die Mehrheit aller stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstands oder ein Viertel der stimmberechtigten Parteimitglieder dies beschließen

oder wenn der Landesvorstand handlungsunfähig ist. Der Antrag oder Beschluss ist mit einer Begründung und einer vorläufigen Tagesordnung zu verfassen. Die Einberufung des außerordentlichen Landesparteitags und die Einladung aller Mitglieder erfolgt innerhalb von zwei Wochen, falls die Antragstellerinnen keine längere Frist gewähren. Die Einladung muss spätestens zwei Wochen vor dem Termin erfolgen. Bei einer Vertreterversammlung richtet sich die Einladung an alle Delegierten und an alle Mitglieder des Landesvorstand und der Kreisvorstände.

- (6) Ein Organ kann vollständig neu gewählt werden, wenn das von einer Dreiviertel-Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Organs oder des außerordentlichen Landesparteitags beschlossen wird.

## § 14 Landesvorstand

- (1) Der Landesvorstand besteht mindestens aus einer Landesvorsitzenden, einem Stellvertreter, einer Schatzmeisterin und drei weiteren Vorstandsmitgliedern. Er wird an jedem ordentlichen Landesparteitag neu gewählt. Eine Erweiterung des Vorstands kann vom Landesparteitag direkt vor der Wahl beschlossen werden. Die Schatzmeisterin ernennt eines der weiteren Mitglieder des Landesvorstands zu ihrem Stellvertreter.
- (2) Der Landesvorstand führt den Landesverband der Partei der Humanisten nach Gesetz und Satzung sowie nach den Beschlüssen der ihm übergeordneten Organe. Der Landesvorstand kann jederzeit die ihm untergeordneten Parteigliederungen und Organisationseinheiten kontrollieren, von ihnen Auskünfte anfordern und Abrechnungen verlangen und an ihren Zusammenkünften beratend teilnehmen. Der Landesvorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (3) Der Landesvorstand ist dem ordentlichen Landesparteitag rechenschaftspflichtig. Die Schatzmeisterin legt einen durch die Kassenprüfer geprüften Rechenschaftsbericht vor. Die Landesvorsitzende legt einen politischen Tätigkeitsbericht vor. Die weiteren Vorstandsmitglieder legen jeweils einen Tätigkeitsbericht ihres eigenen Tätigkeitsbereiches vor. Tritt ein Vorstandsmitglied zurück, so muss es der Landesvorsitzenden umgehend einen Tätigkeitsbericht vorlegen. Weiteres regelt die Geschäftsordnung.
- (4) Der Landesvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn er aus weniger als drei handlungsfähigen Mitgliedern besteht oder sich selbst für nicht handlungsfähig erklärt. Die Handlungsunfähigkeit einzelner Vorstandsmitglieder kann durch das Landesschiedsgericht auf Antrag eines Landesvorstandsmitglieds festgestellt werden. Der Landesvorstand gilt ebenfalls als nicht handlungsfähig, wenn das Amt der Landesvorsitzenden oder der Schatzmeisterin nicht besetzt ist und nicht durch Stellvertreter besetzt werden kann. In einem solchen Fall ist ein außerordentlicher

Landesparteitag einzuberufen. Wird trotz Handlungsunfähigkeit des Landesvorstands der außerordentliche Landesparteitag nicht fristgerecht einberufen, überträgt das Landesschiedsgericht die Einberufung einem Bundesvorstand. Tritt der gesamte Landesvorstand zurück, übernimmt ein Bundesvorstandsmitglied die Geschäfte kommissarisch.

## § 15 — entfällt —

## § 16 Landesschiedsgericht

- (1) Zur Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten des Landesverbandes oder seiner Untergliederungen mit einzelnen Mitgliedern und Streitigkeiten über Auslegung und Anwendung des Leitbilds oder der Satzung wählt der Landesparteitag ein Landesschiedsgericht, bestehend aus drei Richterinnen und bis zu drei Ersatzrichterinnen. Die Amtszeit ist identisch mit der Amtszeit des Landesvorstands.
- (2) Die Mitglieder der Schiedsgerichte dürfen nicht Mitglied eines Vorstandes der Partei der Humanisten sein, in einem Dienstverhältnis zu der Partei der Humanisten oder einem Gebietsverband stehen oder von ihnen regelmäßige Einkünfte beziehen. Sie sind unabhängig und an keine Weisungen gebunden.
- (3) Die Wahl, die Verfahren, die Rechte und Pflichten des Schiedsgerichts werden durch die Satzung und die Schiedsgerichtsordnung geregelt. Das Landesschiedsgericht gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (4) Die Schiedsgerichtsordnung des Bundesverbandes gilt auch für das Landesschiedsgericht.

## § 17 — entfällt —

## § 18 Kassenprüfer

- (1) Der Landesparteitag kann bis zu zwei Kassenprüfer wählen. Die Amtszeit ist identisch mit der Amtszeit des Landesvorstands. Der Kassenprüfer muss nicht Mitglied der Partei der Humanisten sein. Wird kein Kassenprüfer gewählt, übernimmt ein Mitglied des Bundesvorstandes diese Funktion.
- (2) Seine Aufgaben sind die Kontrolle der Finanzbuchhaltung und des Rechenschaftsberichts der Schatzmeisterin. Der Kassenprüfer kann auf Antrag alle Unterlagen einsehen und Zugriff auf alle Daten der Mitgliederverwaltung und der Finanzbuchhaltung erhalten. Dabei prüft er die Einhaltung der Landessatzung, der Beschlüsse und aller einschlägigen Gesetze.

- (3) Der Kassenprüfer prüft den Rechenschaftsbericht des jeweils vergangenen Jahres und legt dem Landesparteitag einen Prüfbericht vor. Er beantragt bei ordnungsgemäßer Buchführung die Entlastung des Landesvorstands. Der Prüfbericht wird veröffentlicht. Eine vereinfachte Vorprüfung kann einmal im Quartal stattfinden. Der interne Prüfbericht wird dem Landesvorstand und dem Landesschiedsgericht übergeben.

## Abschnitt E: Organisation

### § 19 Landessatzung

- (1) Die Landessatzung besteht aus der allgemeinen Satzung und aus allen Ordnungen, die eine Mitgliederversammlung auf Landesebene für den Landesverband beschlossen und der Satzung zugeordnet hat. Änderungen der Landessatzung können mit einer Zweidrittel-Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Die Landessatzung und alle weitere Ordnungen, Richtlinien, Verfahrens- und Arbeitsanweisungen bilden das Organisationshandbuch. Jeder Gebietsverband kann eine eigene Satzung, eigene Ordnungen, Richtlinien, Verfahrensanweisungen und Arbeitsanweisungen bestimmen, die den übergeordneten Satzungen, Ordnungen, Richtlinien, Verfahrens- und Arbeitsanweisungen nicht widersprechen dürfen.
- (3) Jedes gewählte Organ muss sich selbst eine Geschäftsordnung geben, die die interne Arbeit, Organisation und Kommunikation regelt. Die Geschäftsordnung darf den übergeordneten Satzungen und Ordnungen nicht widersprechen und muss dem Landesvorstand zur Veröffentlichung bereitgestellt werden.
- (4) Nicht gewählte Organisationseinheiten oder Gruppen sind angehalten, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Diese darf den übergeordneten Satzungen und dem Organisationshandbuch nicht widersprechen und muss dem Bundes- oder Landesvorstand zur Veröffentlichung bereitgestellt werden. Die Geschäftsordnung muss von der Landesvorsitzenden genehmigt oder begründet abgelehnt werden. Sie kann ebenso von einem Organ begründet abgelehnt werden, wenn die Organisationseinheit von diesem Organ bestellt bzw. gegründet wurde oder ein Weisungsrecht besteht.

### § 20 Leitbild und Programme

- (1) Leitbild und Grundsatzprogramm der Partei der Humanisten gelten auch für den Landesverband Sachsen.



- (2) Parteiprogramme beschreiben die politischen Ziele kurz-, mittel- und langfristig. Die Forderungen sollten konkret, detailliert und ausführlich erläutert werden und Lösungskonzepte anbieten. Parteiprogramme werden vom Landesparteitag mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen. Jeder Gebietsverband kann eigene Parteiprogramme für den eigenen Geltungsbereich beschließen.
- (3) Der Landesvorstand kann Positionspapiere mit politischen Zielen mit einfacher Mehrheit beschließen, wenn sie nicht im Widerspruch zu den Beschlüssen höherer Organe stehen. Jede Gliederung kann die gleiche oder eine ähnliche Regelung in der eigenen Satzung treffen, um eigene Positionspapiere zu beschließen.

## § 21 Mitgliederbefragung

- (1) Es gilt § 21 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 22 Aufstellung für Wahlen

- (1) Zur Wahl der Kandidaten der Landesliste der Partei der Humanisten für die Teilnahme an einer Wahl zum Europäischen Parlament, zum Deutschen Bundestag und dem Sächsischen Landtag findet eine gesonderte Landeswahlversammlung statt. Die Bestimmungen der Bundes- und Landessatzung sowie des Landes- bzw. Bundeswahlrechts sind zu befolgen.
- (2) Die Landeswahlversammlung wird durch den Landesvorstand per E-Mail und in Ausnahmefällen per Brief spätestens zwei Wochen vor dem Termin einberufen. Dabei sind Ort, Datum und Zeit der Tagung zu benennen. Die Landeswahlversammlung ist bei fristgemäßer Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
- (3) Die Landeswahlversammlung wählt aus ihrer Mitte eine Versammlungsleiterin, einen Wahlleiter und eine Protokollantin und gibt sich eine Wahlordnung.
- (4) Über die Beschlüsse wird ein Protokoll gefertigt und von der Versammlungsleiterin, dem Wahlleiter sowie der Protokollantin unterzeichnet und parteiintern veröffentlicht.
- (5) Zur Bestimmung der Wahlvorschläge der Partei der Humanisten für die Teilnahme an einer Kommunalwahl findet eine gesonderte Aufstellungsversammlung statt. Die Bestimmungen der Bundes- und Landessatzung und des Kommunalwahlrechts sind zu befolgen.

- (6) Die Aufstellungsversammlung wird vom Vorstand der kleinsten Parteigliederung, die das gesamte Wahlgebiet umfasst, per E-Mail und in Ausnahmefällen per Brief spätestens zwei Wochen vor dem Termin einberufen. Dabei sind Ort, Datum und Zeit der Tagung zu benennen. Die Aufstellungsversammlung ist bei fristgemäßer Einberufung beschlussfähig, wenn mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.
- (7) Die Aufstellungsversammlung wählt aus ihrer Mitte eine Versammlungsleiterin, einen Wahlleiter und eine Protokollantin und gibt sich eine Wahlordnung.
- (8) Über die Beschlüsse wird ein Protokoll gefertigt und von der Versammlungsleiterin, dem Wahlleiter sowie der Protokollantin unterzeichnet und parteiintern veröffentlicht.

## § 23 Parteigruppen

- (1) Es gilt § 23 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.
- (2) Eine Gruppe, deren Zielsetzung sich allein auf den Landesverband Sachsen bezieht, kann vom Landesvorstand anerkannt werden, wenn sie die in den Satzungen und Ordnungen festgelegten Voraussetzungen erfüllt. Die Anerkennung kann jederzeit vom Landesvorstand zurückgezogen werden. Die Entscheidung kann beim Landesschiedsgericht angefochten werden.
- (3) Eine vom Landesvorstand anerkannte Gruppe kann die interne Infrastruktur und insbesondere die Kommunikationsmedien der Partei der Humanisten Sachsen in angemessenem Umfang nutzen. Sie kann weitere Ressourcen beim Landesvorstand beantragen. Jede anerkannte Gruppe ist angehalten, sich eine Geschäftsordnung zu geben, die eine demokratische Willensbildung gewährleisten muss. Arbeits- und Projektgruppen haben ein bevorzugtes Antragsrecht gegenüber bestimmten Organen nach den entsprechenden Regelungen.

## § 24 Finanzordnung

- (1) Für den Landesverband gilt übergeordnet die Finanzordnung der Bundespartei in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Der Landesverband unterhält ein eigenes Konto.
- (3) Die Mitgliedsbeiträge werden vom Bundesverband eingezogen.
- (4) Die Schatzmeisterin leitet die Erstellung des Haushaltsplans. Der Landesvorstand beschließt den Haushaltsplan für das kommende Jahr und kann diesen auf Beschluss ändern.

- (5) Die staatliche Parteienfinanzierung wird – soweit die Finanzordnung der Bundespartei dies gestattet – von der Schatzmeisterin beantragt, ansonsten von der in der Bundespartei zuständigen Stelle.

## § 25 Verwaltung

- (1) Die Verwaltung umfasst alle Organisationseinheiten, Ämter und Aufgaben außerhalb der gewählten Organe oder der politischen Willensbildung dienenden Funktionen und Ämter. Einige Verwaltungstätigkeiten werden vom Bundesverband übernommen und verantwortet, z.B. das Management der Infrastruktur, der Kommunikationsmedien, der Informationstechnologien und der Mitgliederdaten. Die Landesverwaltung wird durch den Landesvorstand strukturiert, besetzt und geleitet.
- (2) — entfällt —
- (3) Es gilt der Absatz 3 des § 25 der Bundessatzung in der jeweils aktuellen Fassung.

## § 26 Haupt- und Ehrenämter

- (1) Ehrenämter sind nicht beruflich ausgeführte Tätigkeiten und Funktionen in der Partei der Humanisten. Wo nicht anders definiert, werden alle Aufgaben ehrenamtlich erfüllt. Aus einer ehrenamtlichen Tätigkeit entstehen keine Ansprüche auf Vergütung oder Kostenerstattung, wenn keine gesonderte Vereinbarung besteht.
- (2) Dauerhaft vergütete hauptamtliche Tätigkeiten oder Angestelltenverhältnisse sind zulässig, wenn sie im Haushaltsplan beschlossen wurden. Sie dürfen die Partei nicht unverhältnismäßig belasten. Tätigkeiten in vom Landesparteitag gewählten Organen können nur hauptamtlich ausgeübt werden, wenn Dauer und Höhe der Vergütung zuvor vom Landesparteitag beschlossen wurde.
- (3) Die Partei der Humanisten hat ein ausschließliches, dauerhaftes und unentgeltliches Nutzungsrecht auf alle für die Partei oder im Auftrag der Partei der Humanisten entstandenen Ideen, Erfindungen, Texte, Bilder oder andere Produkte und Leistungen. Erstellte Produkte gehen in das Eigentum der Partei über. In begründeten Einzelfällen können abweichende Vereinbarungen getroffen werden.
- (4) Die im Rahmen einer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit erlangten Erkenntnisse, Informationen oder Daten dürfen nicht ohne Genehmigung an Dritte weitergegeben werden, wenn sie nicht aus anderen Gründen bereits öffentlich verfügbar sind.

## Abschnitt F: Schlussbestimmungen

### § 27 Auflösung und Verschmelzung

- (1) Beschließt der Landesparteitag die Auflösung des Landesverbandes, so ist innerhalb von drei Monaten nach dem Beschluss eine Urabstimmung unter allen zum Zeitpunkt des Beschlusses des Landesparteitages stimmberechtigten Mitgliedern durchzuführen. Sofern sich bei der Urabstimmung ergibt, dass mehr als drei Viertel der Parteimitglieder für die Auflösung stimmen, so wird diese auf dem der Urabstimmung folgenden Landesparteitag formell durchgeführt. Wird diese Mehrheit nicht erreicht, wird die Auflösung nicht durchgeführt. Die Urabstimmung erfolgt mittels geheimer Briefabstimmung oder einem technischen Verfahren, das einer geheimen Briefabstimmung entspricht.
- (2) Die Verschmelzung mit einer anderen Partei oder dem Landesverband einer anderen Partei oder einer sonstigen Untergliederung ist ausgeschlossen.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Landesverbandes fällt das Vermögen des Landesverbandes Sachsen dem Bundesverband zu.

### § 28 Sonstige Regelungen

- (1) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam sein, wird dadurch nicht die Wirksamkeit dieser Satzung im Übrigen berührt.
- (2) Diese Satzung ist am 07.01.2018 in Kraft getreten. Änderungen und Neufassungen werden grundsätzlich mit ihrer Beschlussfassung wirksam.